

Zeittafel

24. November 1912 Der Balkankrieg steht im Mittelpunkt der Beratungen eines außerordentlichen Kongresses der II. Internationale in Basel. Die 550 Vertreter sozialistischer Parteien aus 23 Ländern beschließen ein Manifest, demzufolge die Arbeiter aller Länder sich jedem Krieg widersetzen sollen.

1913/14

30. Juni 1913 Der Reichstag verabschiedet in dritter Lesung die eingebrachte Wehrvorlage. Sie sieht eine Erhöhung der Stärke des Heeres um 117.267 auf 661.478 Mann bis zum 31. Oktober 1915 vor.

1. Juli 1913 Die Mitgliederzahl der SPD hat sich im Verlauf eines Jahres um 12.748 auf 988.820 erhöht.

13. August 1913 August Bebel stirbt in dem Schweizer Kurort Passugg an einem Herzleiden. An der Trauerfeier in Zürich nehmen Zehntausende von Menschen teil.

20. Februar 1914 Rosa Luxemburg wird wegen staatsfeindlicher Äußerungen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Juli 1914

27. Juli 1914 Große Antikriegsdemonstration im Berliner Lustgarten.

1. August 1914 Deutsche Generalmobilmachung und Kriegserklärung an Rußland. Der erste Weltkrieg beginnt.

Otto Grotewohl, der spätere Ministerpräsident der DDR, arbeitet als Buchdrucker in einer Druckerei in Krefeld. Bereits 1908 war er Mitglied der SAJ geworden.



Trauerfeier für August Bebel in Zürich

Die "Niederrheinische Volkstribüne" warnt vor dem Krieg. Eine Protestveranstaltung und das Gewerkschaftsfest werden verboten.



Blick auf die St.-Antonstrasse um 1912

Zeittafel

- 4. August 1914** Entgegen den Beschlüssen der Internationale stellt sich die SPD im Reichstag nicht gegen den Krieg und stimmt für einen Kriegskredit. Lediglich Karl Liebknecht hatte sich in der Fraktion dagegen gestellt.
- Herbst 1914** Die Gewerkschaften treiben eine "Burgfriedenspolitik". Nach Kriegsbeginn stellen sie alle Lohnkämpfe und Streikgeldzahlungen ein und akzeptieren Lohnsenkungen.
- 3. Dezember 1914** Der Vorstand der SPD mißbilligt Liebknechts Ablehnung der Kriegskredite und erteilt ihm eine offizielle Rüge.
- 20. März 1915** Karl Liebknecht und Otto Rühle stimmen im Reichstag gegen weitere Kriegskredite. Zudem bleiben 30 sozialdemokratische Abgeordnete der Abstimmung fern.
- 22. April 1915** Deutsche Truppen verwenden erstmals Giftgas.
- 27. Januar 1916** Gründung des Spartakusbunds durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin.
- 1. Mai 1916** Verhaftung Liebknechts auf einer von ihm organisierten Anti-Kriegs-Kundgebung auf dem Potsdamer Platz in Berlin.
- 15. September 1916** Erster Einsatz britischer Tanks (Panzer) an der Somme-Front.
- 4. Dezember 1916** Allgemeiner Hunger. Alle im Deutschen Reich vorhandenen Kohlrüben werden zur Sicherung der Volksernährung beschlagnahmt ("Kohlrübenwinter").



Noch am 27. Juli trat der "Vorwärts" gegen den Krieg auf. Er forderte von allen Sozialdemokraten Kundgebungen gegen den Krieg zu organisieren. Dann, am 4. August, wurden die Kriegskredite verteidigt und der Krieg zu einen "Verteidigungskrieg" umgedeutet.



Trauer-Anzeige.

Schmerzerfüllt geben wir allen Bekannten und Verwandten die betrubte Nachricht, dass heute Abend 8 Uhr unser lieber, guter

Kollege Brotlaib

im hohen Alter von über 8 Tagen nach langem Sparen endlich aufgegessen worden ist.

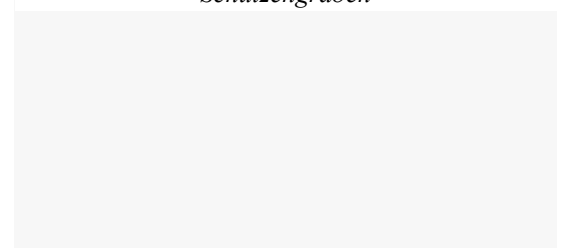
Um eine Brotmarke bitten die traurigen Hinterbliebenen:

Der Vater **Joseph Hunger,**
Die Mutter **Marie Hunger**
geb. **Kolldampf.**
Die Schwiegersöhne
Anton Wenigfleisch,
Fritz Ohnefett,
Die Tante **Berta Schmalhans,**
Die Nichte **Dina Mehlnot.**

Magerstadt, im Okt. 1917.



Schützengraben



Auf Grund von Rohstoffmangel schließen Textilbetriebe am Niederrhein oder stehen zeitweise still.

Begründung der Ablehnung der Kriegskredite

Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt: Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettrüstens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich auch um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisation und Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflossenen Monate trotz einer rücksichtslosen Verwirrungsregie mit steigender Deutlichkeit gelehrt.



SPD-Anstecknadel mit Liebknecht-Bild

Die deutsche Parole "Gegen den Zarismus" diene - ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole "Gegen den Militarismus" - dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Überlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen wie des deutschen Volkes muß deren eigenes Werk sein.

Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, daß der Zweck, für den sie die Kredite fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.

Ein schleuniger, für keinen Teil demütigender Friede, ein Friede ohne Eroberungen, ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen. Nur die gleichzeitige dauernde Stärkung der auf einen solchen Frieden gerichteten Strömungen in allen kriegführenden Staaten kann dem blutigen Gemetzel vor der völligen Erschöpfung aller beteiligten Völker Einhalt gebieten.

Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit aller Völker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Proletariat aller Länder, auch heute im Kriege gemeinsame sozialistische Arbeit für den Frieden zu leisten.

Die Notstandskredite bewillige ich in der verlangten Höhe, die mir bei weitem nicht genügt. Nicht minder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Brüder im Felde, der Verwundeten und Kranken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgend lindern kann; auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.

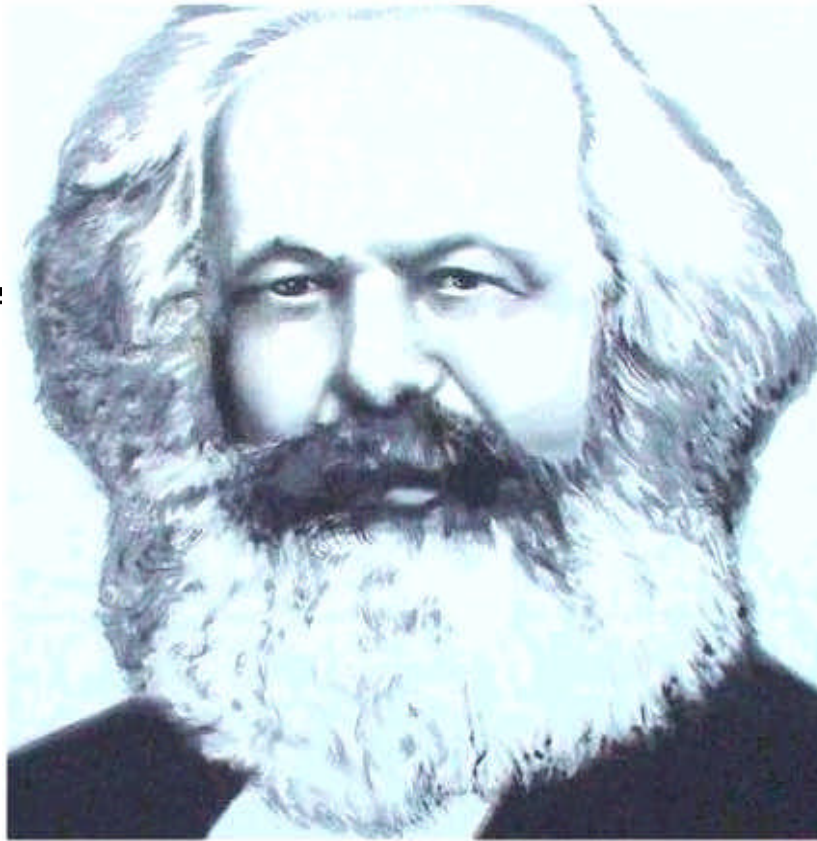
Berlin, den 2. Dezember 1914 Karl Liebknecht

Zeittafel

- 13. März 1917** Februarrevolution in Rußland. In den wichtigsten russischen Städten bilden sich Arbeiter- und Soldatenräte. Abdankung des Zaren Nikolaus II. zugunsten seines Bruders Michail. Die russische Duma proklamiert die Bildung einer bürgerlichen Regierung unter Georgi J. Fürst Lwow.
- 6. bis 8. April 1917** Auf einer Reichskonferenz in Gotha wird die USPD gegründet. Programmatische Eckpunkte sind die Ablehnung des herrschenden Regierungssystems und des Krieges.
- 7. November 1917** Oktoberrevolution: Besetzung strategisch wichtiger Punkte in Petrograd durch revolutionäre Soldaten. Truppen stürmen schließlich den Winterpalast und verhaften die Regierungsmitglieder. Ministerpräsident Kerenski flieht zu den Truppen an der Nordfront.



Lenin bei einer Kundgebung



V.i.S.d.P.: Herbert Steeg, Trift 101, 47809 Krefeld

Eigendruck

Solipreis: 2 Euro

DKP linker Niederrhein

www.dkp-linker-niederrhein.de